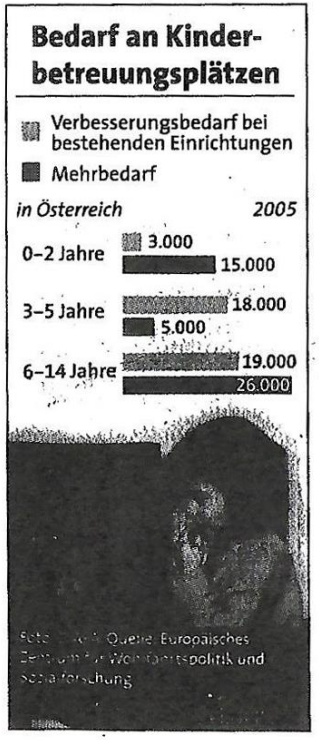
IV-Präsident Sorger und AK-Chef Tumpel für verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Sozialpartner bündeln ihre Kräfte in Sachen Kinderbetreuung

■ Forderungen für Regierungsprogramm.
■ IV: Gutscheine für Kinderbetreuung.



Wien. (med) Ungewohnte Einigkeit demonstrierten gestern, Dienstag, Industriellenvereinigung (IV) und Arbeiterkammer (AK): Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, müsse die Kinderbetreuung optimiert und das Kinderbetreuungsgeld weiter entwickelt werden, betonten IV-Präsident Veit Sorger und AK-Chef Herbert Tumpel in einem Pressegespräch. Hintergrund: Die Sozialpartner wollen ihre gemeinsamen Forderungen im nächsten Regierungsprogramm verankert sehen, wie Sorger betonte.

Das oberste Motiv ist für Tumpel der eigenständige Wunsch der Frauen, nämlich ihren beruflichen Weg mit einer Familie vereinbaren zu können. Sorger strich dagegen den ökonomischen Effekt hervor: Könnten Frauen nach der Babypause früher ins Erwerbsleben zurückkehren, erziele man über höhere Einkommen eine höhere Nachfrage und damit eine Stärkung des Wirtschaftswachstums, so der IV-Präsident.

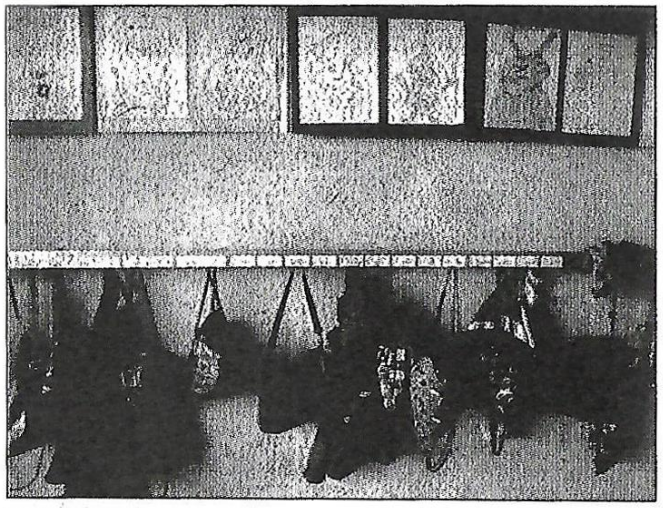
50.000 Frauen mehr in Beschäftigung

Hemmschuh für viele Frauen auf dem Weg zurück in den Beruf ist nach wie vor das unzureichende Angebot bei der Kinderbetreuung: Wie aus einer Studie des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung für die IV hervorgeht, fehlen österreichweit rund 46.000 Kinderbetreuungsplätze. Weitere 40.000 müssen qualitativ verbessert werden, das heißt de facto, ihre Öffnungszeiten ausweiten. Laut Studie würden 50.000 Frauen bei besseren Kinderbetreuungsangeboten „neu und in einem höheren Ausmaß" in Beschäftigung kommen.

Um die Kinderbetreuung zu verbessern, wäre für die IV ein Gutscheinsystem für Betreuungsleistungen vorstellbar: Die Gutscheine würden den Eltern von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt.

Sowohl für AK als auch für IV wünschenswert ist eine Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes: Wer früher in den Job zurückkehrt, soll ein höheres Kinderbetreuungsgeld erhalten. Sorger kann sich eine Abstufung zwischen 36 Monaten (bei 100 Prozent des derzeitigen Kinderbetreuungsgeldes) bis zu 12 Monaten (bei bis zu 200 Prozent) vorstellen.

Auch bei der Zuverdienstgrenze orten beide Institutionen Handlungsbedarf: Eltern sollten wählen können zwischen der betraglichen Grenze beim Zuverdienst wie bisher oder einer Arbeitszeitgrenze bis zu 24 Stunden, forderte Tumpel. Das komme vor allem höher qualifizierten Frauen zugute, so Sorger.



Mehr Kinderbetreuungsplätze, flexibleres Kinderbetreuungsgeld und Zuverdienst sollen Frauen helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Foto: Illuscope

Dadurch sollte die Karenz aber auch für mehr Väter attraktiv werden.

Haubner wartet ab, Opposition bestärkt

Sozialministerin Ursula Haubner will vorerst nicht an der Zuverdienstgrenze rütteln und erst die Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes abwarten, wie sie am Dienstag mitteilte. Die SPÖ fühlt sich bestärkt: Familiensprecherin Andrea Kuntzl freute sich darüber, dass damit das Thema „die besondere Bedeutung bekommt, die es auch verdient". ■